

**Resolution  
der CSU-Landtagsfraktion  
vom 27. Oktober 2023**



**„Bayern steht fest an der Seite Israels“**

- 1 Das Existenzrecht Israels ist bayerische und deutsche Staatsräson. Gerade in diesen  
2 Tagen stehen wir fest an der Seite des Staates Israel. Den brutalen und  
3 menschenverachtenden terroristischen Angriff der Hamas auf Israel und die dort  
4 lebenden Menschen, die dort verübten Gräueltaten und die Geiselnahmen von  
5 unschuldigen Zivilisten verurteilen wir aufs Schärfste. Diese sind durch nichts zu  
6 rechtfertigen. Israel muss sich nun verteidigen und seine Bevölkerung schützen.
- 7 • Deutschland muss und wird Israel in seiner berechtigten Selbstverteidigung  
8 unterstützen. Zivile Opfer müssen soweit irgend möglich vermieden werden. Die  
9 entsprechenden Anstrengungen Israels erkennen wir ausdrücklich an.
- 10 • Deutschland muss und wird auch auf diplomatischer Ebene eng an der Seite  
11 Israels stehen. Jeder Relativierung der brutalen Terrorangriffe der Hamas tritt  
12 Deutschland energisch entgegen.
- 13 • Gemeinsam mit den europäischen Partnern muss Deutschland jeden Versuch  
14 unternehmen, eine weitere Ausweitung des Konflikts auf weitere Frontgebiete und  
15 Länder zu verhindern.
- 16 • Gemeinsam mit den internationalen Partnern, allen voran den Vereinigten  
17 Staaten von Amerika, gilt es, die Unterstützung und Finanzierung für die Hamas,  
18 aber auch für die Hisbollah im Libanon auszutrocknen. In diesem Zusammenhang  
19 verbietet es sich, dass weiterhin Gelder aus Deutschland den grausamen Terror  
20 der Hamas gegen Israel mitfinanzieren.
- 21 • In Deutschland müssen wir mit aller Härte gegen alle Organisationen, Vereine  
22 und Verbände und alle Privatpersonen vorgehen, die in einem Zusammenhang  
23 zu Hamas stehen und deren Handlungen unterstützen. Wir werden alles dafür  
24 tun, um die finanziellen Verbindungen zu Hamas und zu Hisbollah aus  
25 Deutschland zu kappen.
- 26 • Für Volksverhetzung ist in unserem Rechtsstaat kein Raum. Wir sagen: Keine  
27 Toleranz für den radikalen und politischen Islam. Er ist mit unserer freiheitlich-  
28 demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Wer Israel das Existenzrecht  
29 abspricht, wer die Opfer des bestialischen Hamas-Terrors verhöhnt und die  
30 skrupellos entfesselten Terroristen feiert, muss in seine Schranken gewiesen und  
31 mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden. Die Geschehnisse der  
32 vergangenen Tage und Wochen dürfen nicht zu Vorboten von weiterer Gewalt in  
33 unseren Straßen werden. Wir müssen auch gesetzliche Änderungen zum Beispiel  
34 am Versammlungs- oder auch im Strafrecht prüfen, damit nicht gesellschaftliche  
35 und religiöse Konflikte, die ihren Ursprung in anderen Staaten haben, auf

- 36 Deutschlands Straßen ausgetragen und so fremde Konflikte mit Hass und Hetze  
37 nach Deutschland hereingetragen werden.
- 38 • Antisemitismus wird in diesen Tagen auf unseren Straßen wieder präsenter. Wir  
39 lassen aber nicht zu, dass Menschen jüdischen Glaubens wieder Angst haben  
40 müssen in Deutschland. Der Freistaat Bayern hat den Schutz jüdischer  
41 Einrichtungen bereits verstärkt. Der Schutz der jüdischen Bevölkerung in  
42 Deutschland hat für uns weiterhin sehr hohe Priorität.
  - 43 • Von ganz rechts bis ganz links werden wir alle Formen von Extremismus und  
44 Rassismus konsequent bekämpfen – muslimischen und linken Antizionismus  
45 genauso wie rechten Antisemitismus, rassistische Gewalt und Hassreden sowie  
46 alltägliche Anfeindungen gegenüber Menschen jüdischen Glaubens.
  - 47 • Deutsche Geschichte ist jüdische Geschichte. Vor mehr als 1700 Jahren wurde  
48 die erste jüdische Gemeinde in Deutschland urkundlich erwähnt. Jüdisches Leben  
49 und jüdische Kultur haben einen festen Platz in unserer Gesellschaft. Jüdisches  
50 Leben ist Teil der Identität und der Kultur unseres Landes. Der Freistaat fördert  
51 dies im Rahmen des Konzepts „Jüdisches Leben stärken“. Und es ist erfreulich,  
52 dass es nach dem Zivilisationsbruch der Shoa heute in Bayern in zahlreichen  
53 jüdischen Gemeinden ein vielfältiges und lebendiges jüdisches Leben gibt. Zum  
54 ersten Mal nach der Shoah hat im September eine internationale jüdische  
55 Organisation ihren Hauptsitz in Deutschland eröffnet, nämlich in Bayern. Die  
56 Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) zieht von London nach München  
57 um. Das ist für uns eine hohe Auszeichnung und großer Vertrauensvorschuss.  
58 Diesem Vertrauen wollen und werden wir gerecht werden.
  - 59 • Antisemitismus, Hass gegen Israel, Verherrlichung von Gewalt dulden wir nicht.  
60 Muslimische Parallelgesellschaften antiisraelischer und antisemitischer Prägung  
61 darf es in unserem Land nicht geben. Das müssen auch die Menschen  
62 anerkennen, die aus muslimischen Ländern zu uns kommen und bei uns leben  
63 wollen. Wer sich dem verweigert und sich nicht integrieren will, muss unser Land  
64 verlassen. Wir fordern die Bundesregierung auf, israelfeindliche Proteste zu  
65 unterbinden und durch entsprechende Gesetzesänderungen die  
66 Voraussetzungen zu schaffen, um ausländischen Personen, die antiisraelische  
67 und antisemitische Hetze betreiben und den Terror von Hamas und Hisbollah  
68 bejubeln oder sogar unterstützen, das Aufenthaltsrecht in Deutschland zu  
69 entziehen. Die deutsche Staatsangehörigkeit soll nur erlangen können, wer sich  
70 zum Existenzrecht Israels bekennt.
  - 71 • Um die Integration und die Anerkennung unserer Werte zu stärken, werden wir  
72 die Wertebildung in unseren Integrationsangeboten sowie in Kitas, Kindergärten  
73 und Schulen weiter intensivieren und die Präventionsarbeit gegen Antisemitismus  
74 stärken. Das Schulportal „Bayern gegen Antisemitismus“ bietet bereits heute  
75 Lehrkräften umfangreiche Handlungsempfehlungen. Der Kampf gegen den  
76 Antisemitismus ist auch in der außerschulischen Jugendbildung von besonderer  
77 Bedeutung.
  - 78 • Deutschland stößt an seine Integrationsgrenzen. Ist die Zuwanderung zu groß,  
79 gelingt Integration nicht mehr. Deshalb brauchen wir auch dringend eine  
80 Kehrtwende bei der Migrationspolitik. Deutschland hat in den vergangenen  
81 Jahren viele Zuwanderer aufgenommen. Wir müssen erkennen, dass die

82 Kapazitäten nicht nur bei Unterbringung und Versorgung, sondern auch bei der  
83 Integrationskraft erschöpft sind und die gesellschaftliche Akzeptanz schwindet.  
84 Daher müssen die Zugangszahlen sinken und Zuwanderung auf die benötigte  
85 Fachkräftezuwanderung konzentriert werden. Kontrolle über die Einwanderung,  
86 darüber, wer zu uns kommt und auch bei uns bleiben kann, ist eine wichtige Säule  
87 der Prävention gegen politischen Islamismus und Terrorismus.